

Dresdner Volkszeitung

Postkasson: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1222.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Dr. K. K. K., Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meustadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Eringerlohn in der 41. Woche vom 8. bis 19. Oktober 44.000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9 000 000 M., Einzelnummer 8 000 000 M., - M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselfaß. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 135 M., die 90 mm breite Reklamzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 500 M. Schlüsselfaß: 100 000, Familienanzeigen. Stellen- und Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefabfertigung 3000 000 M.

Nr. 236

Dresden, Dienstag den 9. Oktober 1923

34. Jahrg.

Republik und roter Block

Die Stärkung des Proletariats, die der bevorstehende Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung bringen wird, ist den Reuten von rechts sehr wenig angenehm. Besonders wüten wieder die Leipziger Reuesten Nachrichten über „Sowjet-Sachsen“. Sie vergleichen Sachsen mit Bayern und behaupten, daß sich die „Jügellosigkeit“, deren Einzelnen Streifen in Bayern nicht dulden wolle, in noch höherem Maße in Sachsen zeige. Wenn, so führen die R. N. R. aus, in der proklamatorischen Kundgebung über die Vereinbarungen der beiden Parteien gesagt werde, die staatspolitische Grundlage des gemeinsamen Wirkens der S. P. D. und der R. P. D. in der sächsischen Regierung bilde die Landesverfassung, so werde damit nur Sand in die Augen oberflächlicher Betrachter der Vorgänge gestreut.

Die Leipziger Reuesten Nachrichten müssen zwar zugaben, daß in dem Programm nichts enthalten sei, was mit der Reichsverfassung in Widerspruch stünde, aber man hilft sich damit, daß man allerhand Dinge in das Programm hineinzieht, die in Wirklichkeit dort nicht zu finden sind. Wer sich, so sagt das Leipziger Blatt, die Mühe nähme, die Einzelheiten genau zu prüfen, wer bestrebt sei, hinter den verschleierte Worten den wahren Sinn der Richtlinien zu erkennen, der werde sich durch die prächtige polemische Fassade nicht täuschen lassen. Mit solchen Methoden kann man natürlich alles machen. Das einzige, was die Leipziger Reuesten Nachrichten anführen, um darzutun, daß das Programm unserer Partei für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegen die Verfassung gerichtet sei, ist die dort enthaltene Stelle über den Ausbau der proletarischen Hundertschaften als Abwehrorganisation zum Schutze der Republik. Daß ausdrücklich in unserem Programm zum Ausdruck gebracht wird, daß die Abwehrorganisationen dem Schutze der Republik dienen sollen, stört die Leipziger Reuesten Nachrichten nicht. Nur nichts, der Jude wird verbrannt. Wenn es gegen eine proletarische Regierung geht, kommt es einem Blatt, wie den Leipziger Reuesten Nachrichten, auf eine Entstellung der Wahrheit nicht an.

Es ist ein starkes Stück, wenn die Leipziger Reuesten Nachrichten es fertig bringen, Sachsen mit Bayern zu vergleichen und davon reden, daß hier die „Jügellosigkeit“ in noch höherem Maße als in Bayern eingedrungen sei. Was ist denn in Sachsen geschehen? Kaum in einem Teile Deutschlands ist die Not der Massen so groß wie in dem industriellen Sachsen, in dem jetzt die Betriebe immer mehr zum Erliegen kommen. Werdend ist die Arbeitslosigkeit so groß. Große Teile der Bevölkerung sind in verzweifelter Stimmung. Was Wunder, wenn Unruhen nicht ganz vermieden werden könnten. Aber jeder vorurteillose Beobachter der sächsischen Verhältnisse muß zugeden, daß es eine fruchtlose Entstellung der Wahrheit ist, wenn es so dargestellt wird, als ob es in Sachsen drunter und drüber ginge. Objektive Zeugen aus bürgerlichen Kreisen, die nach Sachsen kamen, haben auch unumwunden zugegeben, daß sie darüber erstaunt waren, wie wenig die Ordnung in Sachsen erschüttert war. Das Chaos, das hier in Sachsen herrschen soll, existiert tatsächlich nur in den Spalten von Feuilletons, denen es darauf ankommt, die sächsische Regierung in Mißkredit zu bringen, ganz gleich, ob sie durch diese Heize die sächsische Wirtschaft schädigen. Wo hat sich die sächsische Regierung über die Reichsverfassung und die Reichsgesetze hinweggesetzt, wie das die hoherrliche Regierung fortgesetzt tut. Die sozialistische sächsische Regierung hat stets erklärt, daß sie sich streng an die Verfassung halten werde. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich nur deshalb an der Bildung von Selbstschutzzorganisationen beteiligt, weil Reichsregierung und bürgerliche Reichstagsmehrheit nicht das Notwendige tun, um die Republik gegen Angriffe von rechts zu sichern. Und Zeigner führt seinen Kampf gegen Geßler gerade deshalb, weil dieser Mann eine Gefahr für die demokratische Republik und für die Verfassung ist. Wenn Sachsen sich nur einen kleinen Teil der Verfassungsverletzungen leistete, die sich Bayern dauernd gestattet, so hätte das Reich schon längst eingegriffen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages würde einer Verfassungsverletzung, die von der roten Regierung Sachsens ausgeht, nicht so geduldig zusehen wie den bayrischen Vergehen und Verbrechen.

Es gibt auch einige wenige bürgerliche Blätter, die das ernstlich. Zu ihnen gehört das Leipziger Tageblatt; es äußert sich über die „rote Koalition in Mitteldeutschland“ und schreibt: „Die Entwicklung, die zu einer näheren Zusammenarbeit zwischen S. P. D. und R. P. D. führe, sei vorbereitet und gefördert dadurch, daß sich in Mitteldeutschland die Kluft zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Republikanern immer mehr erweitert habe. In Sachsen habe besonders die Politik von Zeigner gegen Geßler das Verhältnis zwischen den Sozialdemokraten und Demokraten ungünstig beeinflusst. Auf der andern Seite aber habe auch die Deutsche demokratische Partei in Sachsen wie in Thüringen in den letzten Monaten nicht immer glücklich operiert und den Trennungstendenzen zwischen sich und den Deutschen Nationalen nicht deutlich genug gezogen. Infolgedessen fehle gegenwärtig in Mitteldeutschland die psychologische Voraussetzung für die Bildung der großen Koalition, die ja auch hier das Ziel des politischen Strebens sein müsse.“

Die Auslassungen des Leipziger Tageblattes zeigen, daß auch vom bürgerlichen Standpunkte aus ein besseres Ver-

stehen der Lage in Sachsen möglich ist, als gewisse Schorf-macherblätter zugehen wollen. Die sächsischen Demokraten haben allerdings mit dabei geholfen, uns einer sozialistisch-kommunistischen Regierungsbildung näherzubringen. Sie haben, was ja auch das Leipziger Tageblatt nicht absagen wird, ständig dem sächsischen Volke darüber Aufklärung unterrichtet gegeben, wie wenig zuverlässige bürgerliche Republikaner es gibt, so daß das Verlangen des Proletariats nach einer Einheitsfront dadurch gefährt werden mußte.

Ein solcher bürgerlicher Demokrat müßte es von seinem Standpunkte aus sogar begrüßen, daß Sozialisten und Kommunisten sich zum Schutze der Republik zusammenschließen. Wenn auch die Kommunisten theoretisch die Demokratie ablehnen, so ist doch kein Zweifel daran, daß heute, wo die demokratische Republik so schwer von rechts bedroht ist, kein festeres Bollwerk für die Republik in Deutschland denkbar ist, als proletarische Regierungen in Sachsen und Thüringen, die das ganze Proletariat ihres Landes geschlossen hinter sich haben. Das Leipziger Tageblatt meint, hier in Mitteldeutschland fehlten die psychologischen Voraussetzungen für eine große Koalition. Das ist aber durchaus nicht das Ausschlaggebende. Die Hauptsache bleibt, daß wir hier in Sachsen und Thüringen proletarische Mehrheiten in den Parlamenten haben. Wenn in Preußen und in vielen Einzelstaaten die Sozialdemokratie zu einer Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien bereit ist, so doch in erster Reihe deshalb, weil eben dort keine proletarische Mehrheit vorhanden ist und unsere Partei glaubt, durch ihre Beteiligung an der Regierung einen größeren Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte bekommen zu können. Unsere Partei würde sich aufs schwerste gegen die Interessen der werktätigen Massen vergehen, wenn sie nicht dort, wo eine proletarische Mehrheit im Parlament vorhanden ist, danach strebte, eine rein sozialistische Regierung zu bilden.

Die Sozialdemokratie zur Lage

Zu Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion machte der Abgeordnete Genosse Dr. Breitscheid in der gestrigen Reichstags-sitzung folgende Ausführungen:

Hg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Vor einer Woche, als wir die Debatte über die Regierungserklärung vorbereiteten, war die politische Situation verhältnismäßig einfach. Mühsam überredete ich den Herrn Reichsminister, die alles auf den Kopf stellte. Wir haben uns ja in Deutschland allmählich an Ministerkrisen gewöhnt, doch nie sind Parlament und Volk bisher in einer so unangenehmen Weise mit einer Krise überfallen worden wie in der vergangenen Woche. (Sehr wichtig links.) Einsteilen ist die Regierungskrise beilege. Aber die Empfindungen, mit denen wir heute an die Arbeit gehen, sind anders als vor einer Woche. Derartige Tage wie die letzten erlebt man nicht, ohne daß sie eine tiefe Spur hinterlassen. Unbeeinträchtigt durch diese Vorgänge leben wir Sozialdemokraten einige Tausende nach wie vor gleich. Wir bilden die Aufgabe des passiven Widerstandes. Der wesentliche Grund für den Verzicht auf diese Kampfmethode lag auf finanziellen Gebiete. Deutschland war nicht mehr in der Lage, diese passive Resistenz wirtschaftlich und finanziell noch länger auszuhalten. Der Herr Reichsminister muß jedoch erheben werden gegen das Kabinett Cuno, das

eine Politik der Verschleierung und der Illusionen getrieben hat. (Sehr wahr!) Die passive Resistenz war für jene Regierung selbstzweck geworden, sie war nicht Mittel zum Zweck. Aber einmal kommt das schlimme Gewand. Das Bedenkliche ist nur, daß die Nachfolger Cunos gesteinigt werden sollen, weil sie kein unmögliches Unternehmen zu liquidieren genötigt sind. Wir Sozialdemokraten sind auch heute noch der Ansicht, daß die Einklinkung des Widerstandes im Ruhrgebiet berechtigt und notwendig gewesen ist. Wir hielten und halten den französischen Einbruch für unvereinbar mit dem Völkerrecht und mit dem Sinne des Versailler Vertrages. Das Verhalten Deutschlands war daher ein Abbruch der Notwehr. Wir Sozialdemokraten sind von Anfang an dafür eingetreten,

die Gewaltlosigkeit gegen die Gewalt einzusetzen; auf diesem Wege konnte am besten die Aufmerksamkeit der Welt auf die Leiden Deutschlands gerichtet werden. Aber man mußte sich darüber klar sein, daß der passive Widerstand nur Bedeutung haben konnte, wenn dadurch Verhandlungen mit Frankreich und den Alliierten herbeigeführt werden konnten. Aber die Regierung Cuno hat die Hände in den Schoß gelegt und auf England gehofft. England aber hat für uns vollkommen versagt. Im März fand nach der Erklärung des Außenministers v. Rosenbergs der passive Widerstand auf seinem Höhepunkt. Er ließ sich nicht mehr verstärken und die Note Frankreichs infolge des passiven Widerstandes waren auf ihrem tiefsten Stande angelangt. Trotz der Erkenntnis, daß deshalb der passive Widerstand zu jener Zeit abgebrochen werden mußte, hat die Regierung Cuno unter dem Druck gewisser Personen und Kreise dies nicht gewagt. So kam der Zusammenbruch eines Kampfes, der unter Aufsicht gewaltiger Kräfte und eines großen Geldmanes acht Monate lang geführt worden ist. In den finanziellen Erwägungen kam noch eine

gewaltige Demoralisation im Ruhrgebiet. Mehr und mehr lebten große Teile der Bevölkerung dort von der Staatsunterstützung, die sie geradezu als eine selbstverständliche Gewohnheit betrachteten. Kreise, die uns allen bekannt sind, haben die Mittel, die ihnen aus der Staatskasse auf Kosten der Reichs- des deutschen Volkes zugewendet wurden, benutzt, um einen Kampf gegen eben dieses deutsche Volk zu führen, durch ihre Spekulationen gegen die deutsche Währung. Es gab Leute, die an Stelle des passiven Widerstandes den aktiven treten lassen wollten. Zu-

Das Ermächtigungsgesetz

Im Reichstag ist der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsmäßigungen vorgeschriebenen Mehrheit angenommen worden. Das Ermächtigungsgesetz lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Rente und Unterstützungen der Versicherten und Rentenspenden der Sozialversicherung sowie der Rentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung über ihrer parteipolitischen Zusammenfassung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Französische Interventionsdrohung

Paris, 8. Oktober Die Presse veröffentlicht folgende Note. „Die amtlichen Kreise von Paris verfolgen die Ereignisse in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Wenn jedoch der französischen Regierung daran gelegen sein muß, ständig über die Lage unterrichtet zu bleiben, deren Entwicklung schließlich ein Eingreifen erzwingen kann, so wird die Regierung sich nicht auf eine bloße beobachtende Haltung beschränken. Frankreich ist jetzt schon entschlossen, nicht zu dulden, daß das deutsche Chaos sich in Form heftiger Bewegung in den besetzten Gebieten auswirken kann. Alle Maßnahmen sind getroffen, damit die Ruhr im Ruhrgebiet und Rheinland nicht gefährdet wird.“

den Krieg mit Frankreich?

Mit welchen Mitteln wollen sie diesen Krieg geführt wissen? Der Krieg mit Frankreich mit allen seinen Konsequenzen scheint uns ein Wahnsinn, im besten Falle ein heroischer Wahnsinn. Herr Poincaré, der zum unbefristeten Sieger geworden ist, hat der deutschen Regierung erklären lassen, daß er mit dem Abbruch des passiven Widerstandes zu Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationsfrage bereit sein werde. Von deutscher Seite ist geantwortet, was geantwortet konnte. Doch Poincaré findet Tag für Tag neue Vorwände, er will Zeit gewinnen und auf das Chaos in Deutschland warten. Wenn der französische Ministerpräsident in den Rheinlanden den Separatismus heraufbeschwören will, so erklären wir:

die Rheinlande sind deutsches Land und sie müssen deutsches Land bleiben.

Die Schaffung eines selbständigen Rheinlandes durch Frankreich wäre eine fortgesetzte Verunsicherung Europas, die Gefahr einer neuen blutigen und bewaffneten Auseinandersetzung. Durch diese Politik kann sich Poincarés der Ruhm erwerben, der Zerstückelung Europas geworden zu sein. Daher verlangen wir von der Regierung, daß sie nichts unversucht läßt, um trotz aller Gefahren zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, zumal in einem Zeitpunkt, wo Herr Stinnes den Weg zu General Degenne gefunden hat. (Sehr gut!)

Sehr ernste Dinge haben sich in der letzten Woche angepielt. Kürtin war nur

eine Episode in einer großangelegten Bewegung.

Die Reichswehr hat diesem Putz ein Ende gemacht. Sie muß unter allen Umständen ein Instrument der Republik sein. Wir hatten es jedoch für unmöglich, daß die vom Reichswehrminister bewährte Presseorgane über die deutschen Vorgänge aufrechterhalten bleibt. Die Gefahr, die über Deutschland droht, ist natürlich nicht gebannt. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die rückwärts-läufige Energie zur Unterdrückung nationaler Bewegungen anwendet. Schon aus diesem Grunde ist die Wehrzeitung unsere Position für die Wiederbelebung der alten Koalition geeignet.

In Bayern ist einseitig der Antisemitismus durch den blauen Wehrbau angetrieben worden. (Sehr gut! links.) Herr Hitler, der Vertreter der schwarzweißen Couleur, ist ein offener Feind, der das ganze Reich auf eine andere verfassungsmäßige Basis zu stellen entschlossen ist. Seine Partei lautet nicht: „Los von Weimar!“, sondern: „Auf, gegen Weimar!“ Herr Kahr ist ein minder offener Feind der deutschen Republik, aber nicht minder bedenklich als Herr Hitler. Der von ihm verhängte Ausnahmezustand ist verfassungswidrig, an sich und in der Tat. In dem Augenblick, wo die Reichsregierung ihrerseits den Ausnahmezustand ausbricht, ist der in Bayern ausgesetzte bisjähig geworden. Aber mehr will

einen Ausnahmezustand gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Republik, zugunsten aller reaktionären und nationa-